

Kurz-Link: <http://www.faz.net/-00m0mq>

Gastbeitrag

## Der Abschied von der Volluniversität ist längst vollzogen

**Wer Studentenquoten von 40 Prozent und mehr erreichen will, nimmt sehenden Auges die Überfüllung in den Geisteswissenschaften in Kauf. Denn diese kosten wenig, berichtet der Geschichtspräsident Ulrich Herbert in einem Gastbeitrag.**



Hörsäle, Büros, Labore, Bibliotheken, Rechenzentren - das alles muss bei mehr Studenten eigentlich ausgeweitet werden

28. Mai 2010 Die deutsche Hochschulpolitik verfolgt seit etwa 15 Jahren das Ziel, etwa 40 Prozent eines Jahrgangs an Hochschulen und Universitäten auszubilden. Diese Zielsetzung war lange umstritten und ist es noch immer. Nimmt man die Ängste um Statusverlust und Exklusivitätsanspruch der „Akademiker“ beiseite, so waren es vor allem zwei Argumente, die dagegen ins Feld geführt wurden: zum einen der Verweis auf die Leistungsfähigkeit des deutschen dualen Ausbildungssystems mit seiner unzweifelhaft erfolgreichen Kombination von betriebsnaher Lehre und schulischer Ausbildung auch in solchen Berufszweigen, für die in anderen Ländern ein

Hochschulstudium Voraussetzung ist. Zum anderen die Befürchtung, mit einer so starken Vermehrung der Zahl der Studierenden würden die wissenschaftlichen Standards gesenkt. Denn wie sollten 40 Prozent eines Jahrgangs auf dem gleichen Niveau ausgebildet werden, das zuvor den zehn oder fünfzehn Prozent Besten große Mühe bereitet hatte?

Nun wird niemand behaupten können, dass die stark sozial überformte Auswahl der Studierenden tatsächlich auch die Besten für das Universitätsstudium bestimmt hat. Aber dass die Anforderungen sinken, wenn ein scharfes, leistungsbezogenes Auswahlverfahren abgelöst wird durch die Öffnung der Universitäten für fast die Hälfte eines Jahrgangs, dass dadurch Ausgangsvoraussetzungen neu definiert, Standards gesenkt werden, das Leistungsniveau niedriger ist, wird niemand bestreiten können, der die Lage an den deutschen Universitäten kennt. Allerdings gibt es hier Unterschiede zwischen den Disziplinen. In manchen Fächern wurden die Eingangshürden so hoch gesetzt, dass nur wenige Studierende sie überwinden konnten; wodurch es möglich wurde, nur wenige Studierende, die aber auf hohem Niveau, zu unterrichten. Hier hatten es Fächer mit beschränkter Zahl an Laborplätzen natürlich einfacher als viele Geistes- und Sozialwissenschaften oder auch einzelne naturwissenschaftliche Fächer, die nehmen mussten, wer sich beworben hatte.

### Das Problem der Kosten

Zu dem Argument der Ausbildungsqualität kam das Problem der Kosten. Wollte man jene bald vierzig Prozent in der gleichen, aufwendigen Weise studieren lassen wie zuvor die fünfzehn, zog das enorme finanzielle Belastungen nach sich. Die Zahl der Lehrenden an den Universitäten hätte dann entsprechend vermehrt, Hörsäle, Büros, Labore, Bibliotheken, Rechenzentren entsprechend ausgeweitet werden müssen.

In der Realität ging man anders vor. Während die Zahl der Studierenden an Universitäten zwischen 1990 und 2003 in allen Fächergruppen nur um 4 Prozent wuchs (von 1,3 auf 1,4 Millionen), stieg die Studierendenzahl der billigen, weil keine Labore und teure Maschinen benötigenden Sprach- und Kulturwissenschaften um etwa 40 Prozent. Deren Professorenschaft dagegen blieb gleich groß, die Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter und Assistenten schrumpfte, während sich die Zahl der Studierenden pro Professor in diesen Disziplinen im gleichen Zeitraum nahezu verdoppelte. Der politisch gewollte Anstieg der Studierendenzahl ist also vor allem durch eine Auffüllung der geisteswissenschaftlichen Fachbereiche bewerkstelligt worden, und zwar nahezu kostenneutral.

### Zum Thema

„Ich kann nicht monatlang Foucault lesen“  
Vom klugen Umgang mit der Bologna-Reform  
Geisteswissenschaftler:  
Bereit für den Quereinstieg

Dass angesichts solcher Zahlen ein Niveauverlust hingenommen werden musste, war weder zu vermeiden, noch konnte es überraschen. Allerdings stellte sich die Frage, ob auf solcher Grundlage noch von einem wissenschaftlichen Vollstudium gesprochen werden konnte. Das aber war auch ursprünglich bei der Formulierung des 40-Prozent-Ziels gar nicht intendiert. Ein Hochschulstudium

bedeutete in den meisten Vergleichsländern eine Berufsausbildung von drei Jahren. Und da dort das Niveau der Hochschulzugangsberechtigung, vulgo Abitur, oft erheblich unter dem des deutschen oder schweizerischen Abiturs lag, war das Hochschulstudium dort eher ein Mittelding zwischen gymnasialer Oberstufe mit allgemeinbildendem Angebot und einführendem Studium einer Disziplin. In Deutschland aber bedeutete Hochschulstudium in der Regel: wissenschaftliches, im Durchschnitt fünf- bis sechsjähriges Studium an einer Universität.

### **Keine Berufsausbildung**

Ein wissenschaftliches Studium im engeren Sinne bietet keine Berufsausbildung. Vielmehr sollte ein Universitätsstudium die vertiefte Einarbeitung in eine Disziplin ermöglichen, mit dem Ziel, die Studierenden zu selbständigem, forscherschem und kreativem Arbeiten zu befähigen. Ein wissenschaftliches, nicht unmittelbar zweckbestimmtes Studium, so hatte sich vielfach gezeigt, war auch in der Praxis vieler Berufe die beste Voraussetzung - weil die Absolventen einerseits über breite Kenntnisse verfügten und zum anderen gelernt hatten, sich selbst in neue, sich dauernd wandelnde Felder einzuarbeiten, was durch eine auf Anwendung und Praxis konzentrierte berufsorientierte Ausbildung eben nicht erreicht wurde.

Natürlich wurde das Prinzip auch schon frühzeitig durchbrochen - Rechtswissenschaften, Medizin, Lehramtsstudiengänge bereiten mehr oder minder zielstrebig auf ein Berufsziel vor. Aber selbst hier war der Bezug zur wissenschaftlichen Forschung der Quell der Legitimation, weil sich auch bei Ärzten oder Lehrern rasch Aufgaben stellten, auf die man in der Berufsausbildung nicht vorbereitet war, die man aber durch ein forschersich orientiertes wissenschaftliches Studium selbst kreativ angehen konnte. So weit die Theorie.

Für einen großen Teil der Nachwuchsjahrgänge, so erwies sich spätestens seit den neunziger Jahren, war ein „Vollstudium“ nicht nur ein Risiko, es entsprach auch gar nicht ihren Absichten, die auf eine zügige Berufsausbildung und einen gutbezahlten Job ausgerichtet waren. Und für den Staat war ein solches Vollstudium für alle nicht bezahlbar. Die Universitäten wiederum sahen meist tatenlos zu, wie ihre nicht NC-geschützten Studiengänge vollliefen, die Standards sanken und die Zahl der Studienabbrecher in diesen Fächern auf Marken von 60, 70 Prozent anwuchs.

### **Angebote unterhalb des wissenschaftlichen Vollstudiums**

Deshalb wurde ein Angebot unterhalb des wissenschaftlichen Vollstudiums gesucht. Es lag nahe, dabei an einen deutlichen Ausbau der Fachhochschulen zu denken. Die hatten in der deutschen Bildungsgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg eine zunächst öffentlich wenig beachtete Nischenexistenz geführt, erfreuten sich dann aber immer größeren Zuspruchs und versammelten seit den neunziger Jahren etwa dreißig Prozent aller Studierenden. Fachhochschulen verbanden mehrere Vorteile miteinander: Zum einen waren sie konsequent ausbildungsorientiert angelegt und konnten ihren Absolventen einen sicheren Arbeitsplatz nach dem Examen fast garantieren; vor allem dort, wo sie sich mit regionalen Arbeitgebern abstimmten, so dass Praxisnähe und wissenschaftsbasierte Ausbildung direkt miteinander verbunden werden konnten. Mit ihren sechssemestrigen Studiengängen waren sie kürzer und billiger - das kam dem Staat zugute, aber auch den Studierenden, die sich nicht auf das fünf- oder sechsjährige Abenteuer eines klassischen Universitätsstudiums mit offenem Ausgang einlassen wollten. Viele Fachhochschulen mussten rigide Zulassungsbeschränkungen einführen - was abgelehnte Bewerber zwang, ein eigentlich gar nicht angestrebtes „Vollstudium“ an einer Universität zu beginnen. Das Dach „Fachhochschulen“ vereinte zudem zahlreiche Spezialinstitutionen für Design, Weinbau oder Mode bis hin zu den vielleicht berühmtesten deutschen Hochschulen, den Musikhochschulen, für die sich Studierende aus der ganzen Welt, meist vergeblich, bewerben.

Im Wissenschaftsrat wurden diese Überlegungen Ende der neunziger Jahre intensiv diskutiert und der Ausbau und die Erweiterung des Fächerspektrums der Fachhochschulen vorgeschlagen. Auf diese Weise, so die Argumente der Befürworter, ließe sich ein Großteil, vielleicht sogar die Mehrheit der Studienwilligen auf Hochschulen leiten, die eine bedarfsgerechte, weil berufsorientierte und kurze Ausbildung mit guten und sehr guten Karrierechancen anboten. Zugleich könnten die Universitäten so entlastet werden und sich auf ihre Kernaufgabe, wissenschaftliche Lehre und Forschung, konzentrieren. Auf der anderen Seite könnten unter dem Dach „Fachhochschule“ zahlreiche Ausbildungstypen entwickelt werden, die je spezifische Ausbildungswege und unterschiedliche Praxisanteile anboten und sich der dynamischen Praxis der Berufsfelder anpassten.

Dennoch setzte sich diese Option nicht durch. Die Neuerrichtung zahlreicher Fachhochschulen hätte die Länder finanziell überfordert, es hätten also auch Universitäten oder ganze Fachbereiche in Fachhochschulen umgewandelt werden müssen. Das war angesichts der Praxis an manchen Universitäten naheliegend, stieß aber auf den entschiedenen Widerstand der betroffenen Universitäten, die eine solche „Degradierung“ verhindern wollten; ebenso der Professoren, die gegen eine Abstufung zum

Fachhochschulprofessoren rebellierten. Auch Landespolitiker, die gerade mit Erfolg die Umwandlung der örtlichen Pädagogischen Hochschule in eine „Universität“ durchgesetzt hatten, stritten dagegen: Aufstufung: jederzeit, Abstufung: niemals. Vor allem aber waren die öffentlichen Arbeitgeber nicht bereit, Absolventen der Fachhochschulen die gleichen Gehälter zu zahlen wie denen mit Universitätsexamen. So wurde der Plan, die Fachhochschulen stark auszubauen, beerdigt, bevor er in der Öffentlichkeit überhaupt diskutiert worden war.

### „Funktionale Differenzierung“

Das Gegenkonzept, das sich dann rasch durchsetzte, trug den Namen „funktionale Differenzierung“. Fachhochschulen wurden nicht weiter ausgebaut, stattdessen sollten die Universitäten den Großteil der weiter steigenden Studierendenzahlen aufnehmen. Alle Universitäten sollten vom Typ her gleich sein, sich aber sukzessive und „in einem wettbewerblichen Verfahren“ nach Fächerschwerpunkten, Anforderungsprofil sowie nach stärkerer oder schwächerer Forschungsorientierung differenzieren. Diese Differenzierung sollte nicht durch die Bildung von Hochschultypen wie Universität, Fachhochschule, Medizinische Hochschule geprägt werden, sondern sich über Wettbewerb und Markt herausbilden. Nach einiger Zeit werde sich so ein gestuftes System herausbilden, wie es der Staatssekretär des Bundesforschungsministeriums, Schütte, kürzlich beschrieb: „Oben sind dann die Spitzenuniversitäten mit einem Forschungsschwerpunkt von internationaler Klasse, darunter bilden sich Universitäten mit besonderen Profilen in bestimmten Disziplinen, daneben gibt es regionale Universitäten und schließlich auch solche, die eben in der Lehre Besonderes zu bieten haben.“

Zugleich sollten alle Hochschulen das zweigeteilte Studium anbieten, das bereits nach sechs Semestern eine berufsqualifizierende Ausbildung anbot. Nicht alle kritischen Einwände gegen das BA/MA-Studium sind berechtigt. Die Überlast mit Pflichtstunden, eine absurde Prüfungsdichte vom ersten Semester an oder die Erschwerung des Studienortwechsels haben nichts mit dem Studiensystem zu tun, sondern mit der unzureichenden Planung. Das Hauptproblem aber blieb bestehen: Entweder ein Großteil der Studierenden wurde zu einem wissenschaftlichen Vollstudium gezwungen, das ihren Zielen gar nicht entsprach und viele überforderte - oder die Universitäten und die besonders betroffenen Fakultäten senkten das Niveau, führten allerlei berufsvorbereitende Kurse und Seminare für „Schlüsselqualifikationen“ ein und verabschiedeten sich vom wissenschaftlichen Studium. In der Praxis hieß das: Verschulung des BA-Studiums auf niedrigerem Niveau für alle, anschließend ein kurzes forschungsorientiertes MA-Studium für einen Teil der Absolventen. Darüber hinaus bedeutete es, und diese Entwicklung war fatal: Die geistes- und kulturwissenschaftlichen Fächer wurden weiter aufgefüllt, mit weiter steigenden Betreuungsraten und ohne eine Antwort auf die Frage, was aus so vielen Germanisten, Philosophen oder Medienwissenschaftlern eigentlich einmal werden sollte.

Die Universitäten erreichen auf diese Weise, was Berufsorientierung und Praxisbezug betrifft, im BA-Studiengang nicht einmal ansatzweise das Niveau der Fachhochschulen. Aber sie verlieren ihre spezifischen Qualitäten, die wissenschaftliche, forschungsnahe, also gerade nicht berufsvorbereitende Ausbildung der Studierenden. Am Ende gibt es einen Kompromiss, der niemandem dient: weder ist das Studium berufsorientierend, noch ist es wissenschaftlich und forschungsnahe.

Auch die „funktionale Differenzierung“ gelingt nicht. Zwar wird durch die Exzellenzinitiative viel Geld in einige Spitzenhochschulen gesteckt. Aber was ist mit den anderen Universitäten, die schon jetzt deutlich unterausgestattet sind? In denen vier, fünf Lehrende ein Fach mit ein paar hundert Studierenden am Laufen halten? In denen nicht einmal Geld genug vorhanden ist, um die Bibliotheken ordentlich auszustatten? Wenn es gutgeht, bilden sie Profile, konzentrieren sich auf wenige Disziplinen, gehen enge Verbindungen mit regionalen Arbeitgebern ein, stärken die Berufsorientierung. Warum müssen sie dann dem Fetisch „Volluniversität“ nachlaufen? Warum darf man sie dann nicht nennen, was sie sind - Fachhochschulen?

### Gute Lehre wird durch Unterfinanzierung verhindert

Wenn es aber nicht gutgeht, und dafür spricht eben vieles, bildet sich kein Profil, wird gute Lehre durch Unterfinanzierung verhindert, werden vor allem jene Disziplinen angeboten, die wenig kosten, aber viele Studierende aufnehmen - mit entsprechenden Folgen für die Qualität des Studiums und die Berufsaussichten der Absolventen.

Das Gegenmodell: Ausbau und Differenzierung der Fachhochschulen mit berufsqualifizierendem Profil für die eine Hälfte der Studierenden, Universitätsstudium mit international wettbewerbsfähigen Standards in Forschung und Lehre für die andere, hat demgegenüber Vorteile: Es bietet einem sehr viel größeren Anteil der Studierenden eine ihren Interessen gemäße Ausbildung, es stärkt das wissenschaftliche Profil der Universitäten, die nicht länger als verkappte Gesamthochschulen so tun müssen, als könnten sie Berufsausbildung und Forschungsorientierung gleichermaßen anbieten. Und es befreit die Hochschulpolitiker von der Vorstellung, für eine bedarfsgerechte Differenzierung

des Hochschulsystems würde schon der Markt sorgen.

Womöglich bieten die Zeiten stark verknappter Kassen ja auch die Chance, solche Fehleinschätzungen zu korrigieren.

Der Autor lehrt Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Freiburg und ist Direktor des Freiburg Institute for Advanced Studies. Von 2001 bis 2007 war er Mitglied des Wissenschaftsrats und dort Vorsitzender der Arbeitsgruppe Geisteswissenschaften.

Text: F.A.Z.  
Bildmaterial: dpa

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2011.  
Alle Rechte vorbehalten.  
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte erwerben



Verlagsinformation  
Seien Sie auch unterwegs bestens informiert mit dem mobilen Nachrichtenservice von FAZ.NET. Weitere Informationen unter [www.faz.net/mobil](http://www.faz.net/mobil)

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001 - 2011  
Dies ist ein Ausdruck aus [www.faz.net](http://www.faz.net).